

Beschluss des Landrats vom 13.02.2020

Nr. 381

19. Mobilitätsstrategie 2035 2019/675; Protokoll: ble

Der Regierungsrat sei bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen, erklärt Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP). Es liegt eine schriftliche Begründung vor. Die Sprecherin der Grüne/EVP-Fraktion, Laura Grazioli, hat anstelle der zurückgetretenen Postulantin Florence Brenzikofer das Wort.

Laura Grazioli (Grüne) bedankt sich für die Ausführungen des Regierungsrats. Vorweg erklärt die Rednerin, dass der Vorstoss von sämtlichen Oberbaselbieter Landrätinnen und Landräten parteiübergreifend unterzeichnet worden sei. Und damit dies möglich wurde, ging der Einreichung der Motion ein sehr intensiver Aushandlungs- und Diskussionsprozess voran, in dessen Rahmen ein ausgesprochen gut abgewogener, moderater Vorstoss erarbeitet wurde, der für einmal explizit eine ganzheitliche Lösung fordert und keine unterschiedlichen Verkehrsträger gegeneinander auspielt.

Zur Antwort des Regierungsrats: Es ist erfreulich, dass die Mobilitätsstrategie BL nochmals überprüft und überarbeitet wird. Das wurde auch am Morgen im Rahmen der KRIP-Diskussion mehrfach betont. Trotzdem wurde mit grosser Enttäuschung zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat im Hinblick auf regionale Mobilitätskonzepte insbesondere für den oberen Kantonsteil offensichtlich keinerlei Handlungsbedarf sieht. Man hat heute im Oberbaselbiet eine stark angespannte Verkehrssituation, die sich ohne Eingriffe weiter verschlechtern wird. Und es ist nicht nachzuvollziehen, warum die Regionen hier anstelle des Kantons in die Verantwortung genommen werden sollen. Ebenso hinkt der Vergleich mit der Birsstadt. Es soll auch gar nicht darum gehen, mit dem Vorstoss den oberen gegen unteren Kantonsteil auszuspielen. Im Oberbaselbiet präsentiert sich die Situation einfach grundsätzlich anders. Der obere Kantonsteil liegt quasi an der Zugachse Basel–Olten und grenzt nicht nur an andere Kantone an, sondern hat auch Bus und Bahnlinien, die über die Kantonsgrenzen hinaus verkehren. Das Mobilitätsproblem muss daher überkantonale angeschaut werden; die Verantwortung dafür kann nicht an die Regionen delegiert werden. Es braucht nicht ein Postulat, sondern die in der Motion geforderte Strategie. Das Ganze ist auch in Anbetracht des zukünftigen Viertelstundentakts für Liestal dringlich, weil damit der regionale Schienenverkehr zweifellos weiter zunehmen wird. Allen ist bekannt, dass der Wisenbergtunnel gestorben ist, daher braucht es umso mehr eine Lösung, die sowohl für den Schienenverkehr verhebt als auch für den MIV und für den Langsamverkehr. Und das mit dem Chienbergtunnel entstandene Nadelöhr ist für die Region Sissach und für den ganzen oberen Kantonsteil ein grosses Problem. Vor diesem Hintergrund bittet die Grüne/EVP-Fraktion das Ratskollegium, den Vorstoss als Motion zu überweisen und den Regierungsrat mit der Erarbeitung einer ganzheitlichen Mobilitätsstrategie für das obere Baselbiet zu beauftragen.

Stephan Burgunder (FDP) fand die Diskussion zum KRIP vom Vormittag beispielhaft. In Zukunft müsste man solche Diskussionen aus den Regionen führen. Somit bekommen die Projekte auch die notwendige Unterstützung und Akzeptanz aus der Bevölkerung, und die Direktbetroffenen werden damit zu Beteiligten gemacht. In der Landratssitzung vom Dezember 2019 hat der Landrat die notwendigen Anpassungen im Raumplanungs- und Baugesetz verabschiedet. Ziel ist es dort, dass die Gemeinden über die Siedlungsgrenze hinaus planen können. Auch das Vorgehen wurde definiert, dass der Kanton die einzelnen Regionen subsidiär unterstützt und mit ihnen zusammenarbeitet.

Auch in Bezug auf die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen hinweg gibt es Projekte. Der Redner arbeitet aktuell im Projekt «Korridor Hochrhein» mit, in welchem mit drei Kantonen und zwei Ländern zusammengearbeitet wird. So muss es in Zukunft funktionieren. Es muss von unten nach oben – aus den Bedürfnissen – entwickelt werden. Die Mehrheit der FDP-Fraktion ist daher der Ansicht, den Vorstoss als Postulat zu überweisen, als Motion ist er abzulehnen.

Stefan Degen (FDP) bemerkt, der KRIP, die Aussagen des Regierungsrats, aber auch die Standortförderung weisen darauf hin, das obere Baselbiet solle eher der Wohnteil sein und das untere Baselbiet soll der Wirtschafts- und Arbeitsort des Kantons sein [Gemurmel im Saal]. Damit handelt es sich um ein kantonales Thema. Die Bewohnerinnen und Bewohner des oberen Baselbiets wollen nicht Bittsteller sein, sondern ihren Beitrag leisten. Das heisst, man braucht Mobilität. Die Mobilitätsstrategie will, dass man eine Lösung hat vom oberen Baselbiet in den unteren Kantonsteil, in welchem die Arbeitsplätze und die Firmen angesiedelt sind. Diese Variante ist in Ordnung, aber es soll bitte auch dafür gesorgt werden, dass die Leute diese Verschiebungen machen können und zweckmässig und innert nützlicher Frist – täglich – in den unteren Kantonsteil kommen. Und die Pendlerströme – das ist eindeutig – erfolgen am Morgen vom Oberbaselbiet ins Unterbaselbiet und am Abend wieder zurück. Also gibt es dort Engpässe. Der Redner wohnt gern in Gelterkinden. Es ist schön dort im Oberbaselbiet. Aber es hat halt einfach viel weniger Arbeitsplätze als Arbeitnehmer. Nun stellt sich die Frage, wie die Bewegungen bewältigt werden können. Daher bitte als Motion überweisen und nicht als Postulat!

Sandra Strüby-Schaub (SP) meint, das Oberbaselbiet als Region sei nicht mit der Birsstadt vergleichbar. Es sind viel mehr Gemeinden involviert, was die Koordination schwieriger macht. Es sind nicht nur einzelne Gemeinden betroffen, sondern viele, daher ist es nötig, ein Gesamtkonzept für alle zu erstellen. Daher sollte der Kanton auch den Überblick haben und die Aufgabe übernehmen, eine Strategie zu entwickeln. Die SBB ist unter anderem Verhandlungspartner, daher ist es wichtig, dass der Kanton den Lead übernimmt.

Es ist auch wichtig zu betonen, dass MIV und ÖV nicht gegeneinander ausgespielt werden sollen. Auch die Aussage ihres Vorredners stimmt, dass die Pendlerströme immer grösser werden. Es bringt nicht viel, hier eine Strasse zu machen – beispielsweise das Teilstück Einspurstrasse Thürnen in Böckten – und andere Vorhaben ähnlicher Art. Daher ist es ganz dringend nötig, dass der Kanton etwas unternimmt. Die SP-Fraktion möchte an der Motion festhalten. Besonders erwähnenswert ist auch, dass alle Landrätinnen und Landräte aus den beiden Wahlkreisen die Motion unterstützen. Die SP wäre froh, wenn das Landratskollegium sich dem anschliessen könnte.

Hanspeter Weibel (SVP) stellt sich bei der Lektüre der Motion sowie der Antwort des Regierungsrats die Frage, wer nicht gegen wen ausgespielt werden soll. Es wird über Arbeitsorte geredet, über Wohnorte, über Pendlerströme, Verkehrsleistung und Mobilitätskonzept. Und der Regierungsrat sagt in seiner Antwort: «Eine Motion würde bedeuten, dass die Regierung für den oberen Kantonsteil zwingend ein Mobilitätskonzept erarbeiten muss. Ein solcher Auftrag würde der Gleichbehandlung der verschiedenen Kantonsteile widersprechen.» Genau dem folgt die SVP-Fraktion. Es kann nicht sein, dass man den Regierungsrat nur für einen Teil relativ isoliert verpflichtet. Das wirkt für den Redner wie Oberbaselbiet gegen den Rest des Kantons. Und das kann es nicht sein. Gerade wenn man von den Pendlerströmen spricht, so kann es nicht sein, dass man im Oberbaselbiet sagt, man wolle für schöne Wohnlagen sorgen. Und das untere Baselbiet soll die Probleme selbst lösen, die entstehen, weil dort die Arbeitsplätze und der Verkehr sind. Wenn man den Regierungsrat zu einem Mobilitätskonzept verpflichten will, so bitte für den ganzen Kanton, plus angrenzend. Vielleicht haben es ein paar realisiert, dass Basel-Stadt noch eine etwas andere Strategie fährt, was den Verkehr anbelangt. Man möchte ihn ja am liebsten schon an der Kantonsgrenze mit Rotlicht aufhalten. Nicht ganz klar ist, wie es dann umgekehrt läuft – ob man für die aus der

Stadt heimkehrenden Angestellten allenfalls an den Kantonsgrenzen auch Rotlichter installieren muss, damit sie nicht so rasch nach Hause kommen.

Die SVP-Fraktion würde ein Postulat unterstützen. Dann kann der Regierungsrat aufzeigen, wo die Schnittstellen zu anderen Kantonsteilen liegen könnten. Aber eine Motion ist abzulehnen.

Franz Meyer (CVP) und die CVP/glp-Fraktion sieht es ähnlich wie sein Vorredner. Es braucht eine einheitliche Mobilitätsstrategie für den ganzen Kanton. Sie muss aber in den Regionen wachsen. Man würde ein Postulat unterstützen, eine Motion lehnt man ab.

Saskia Schenker (FDP) und die FDP-Fraktion wollte mit dem Vorstoss vor allem etwas bewirken. Daher ist es wichtig, dass er überwiesen wird – ob als Postulat oder Motion ist nicht ganz so wichtig. Im Unterbaselbiet gibt es selbstverständlich entsprechende Verkehrsengpässe etc. etc. und selbstverständlich soll man die Regionen nicht gegeneinander ausspielen. Aber das Oberbaselbiet hängt an einer sehr wichtigen Bahnlinie, und in der Vergangenheit gab es im Rat diverse Beispiele: Lausen wird abgehängt, Itingen wird von den Einschaltzügen abgehängt. Es findet eine langsame Abnahme von guten Verbindungen statt, und wenn man diesbezüglich nicht das Amt und auch die entsprechenden Verantwortlichen bei der SBB ein wenig aufrüttelt, so passiert dies weiter, und man wird jeweils im Landrat aufschreien, wenn quasi die Entscheide schon gefallen sind – wie es mit dem abgebauten Einschaltzug der Fall war. Im Nachhinein heisst es dann, man kann nichts mehr machen und das ist das, was ihre Ratskolleginnen und –kollegen gesagt haben: Wenn nun der Viertelstundentakt bis Liestal kommt, so muss aufgepasst werden, dass nicht oben weiter abgebaut wird.

Dasselbe gilt für die Strassen. Es ist im oberen Kantonsteil oft zu hören, man habe nun den Chienbergtunnel erhalten und nun ist wieder einmal eine Weile Ruhe. Hier ist man einfach darauf angewiesen, selbstverständlich zusammen mit den Gemeinden, dass gesamtheitlich gedacht und auch diese Region berücksichtigt wird. Es steht jeder Region frei, sich entsprechend zu Wort zu melden. Die Rednerin sieht absolut keinen Grund, warum der Regierungsrat nicht in seiner Mobilitätsstrategie einen gewissen Fokus legen könnte.

Thomas Noack (SP) ist klar der Ansicht, dass es ein anderes Konzept, eine andere Strategie braucht für das Verkehrskonzept, denn die Fragestellungen sind anders als im unteren Kantonsteil. Die Siedlungen liegen weit auseinander. Die Siedlungsentwicklung steht zurzeit als Frage im Raum. Dafür braucht es ein Mobilitätskonzept, welches klärt, wie im oberen Baselbiet mit der Mobilität und den Bedürfnissen der Wohnbevölkerung umzugehen ist. Und all das fehlt im Moment in der Strategie; und die Strategie des unteren Baselbiets passt nicht auf die Strategie des Oberbaselbiets. Daher hat die Motion ihren Wert, da sie dies klärt und weil sie verpflichtend ist. Es braucht alle Beteiligten, sowohl die Gemeinden, die es von unten diskutieren, als auch übergeordnet den Kanton, der mithilft, dass es am Schluss etwas Gutes wird – weil es eben auch externe Partner gibt wie die SBB und den Bund, die für die Infrastruktur zuständig sind.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) hält es nicht für zielführend, wenn man nun anfängt, im Kanton in einzelnen Teilen zu denken. Dies gelte erst recht für die Mobilität. Man muss – umgekehrt – gesamtheitlich denken und notabene über die Kantonsgrenzen hinaus.

Die Idee des Vorstosses, dass nun separat für einen Kantonsteil etwas gemacht wird, widerspricht dem Regierungspräsidenten und dem Kern der Mobilitätsstrategie diametral. Dass es im Bereich Mobilität Handlungsbedarf gibt, wird nicht bestritten, daher will man den Vorstoss auch annehmen. Man ist bereit, dies aufzuzeigen. Aber ganzheitlich denken heisst nicht, dass an allen Orten im Kanton dasselbe gemacht wird.

Grundsätzlich müssten die Unterbaselbieter vehement gegen den Vorstoss sein, denn jeder und jede die oder der mit Tram, Auto, Zug oder zu Fuss unterwegs ist, merkt, wo sich die grössten

Probleme stellen. Die grössten Verkehrsprobleme hat der Kanton nicht im Oberbaselbiet, das muss deutlich gesagt sein. Es heisst nicht, dass es dort keine solchen gibt oder dass man für das Oberbaselbiet keine Strategie oder kein Konzept ausarbeiten will. Aber es ist ungut, wenn die einzelnen Regionen gegeneinander ausgespielt werden, indem einzelne Regionen betrachtet werden und andere nicht; das ist dem Thema nicht angemessen.

Man ist bereit, dort etwas zu unternehmen, wo man Handlungsbedarf sieht. Den Vorstoss nimmt man entgegen, hält aber an einer gesamtheitlichen Betrachtung des Kantons fest, daher als Postulat.

Laura Grazioli (Grüne) erklärt, man halte an der Motion fest, weil man nach wie vor dringenden Handlungsbedarf sieht. In den Augen ihrer Fraktion ist es nicht angezeigt, nun lediglich einmal zu prüfen und zu berichten. Sondern es muss wirklich etwas passieren.

://: Mit 44:38 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird die Motion abgelehnt.
